



18. März 2022

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Präsident Selenskyj per Videoschalte im Bundestag**
- **Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes**
- **Gesetz zur Verlängerung des Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes und weiterer Regelungen**
- **Beratungen über die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht**
- **Wahlrechtskommission zur Verkleinerung des Bundestages**
- **Berichterstatter-Gespräch im Bundesrat**
- **Bilder der Woche**

Präsident Selenskyj per Videoschalte im Bundestag

Am Donnerstagmorgen sprach der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj im Plenum des Bundestages per Videoschalte live zu den Abgeordneten. Er rief Deutschland dazu auf, die harten Sanktionen gegen Russland aufrechtzuerhalten und weiter Waffen an die Ukraine zu liefern. Er erklärte: „Russland bombardiert unsere Städte und zerstört alles, was da ist: Wohnhäuser, Krankenhäuser, Schulen, Kirchen, alles“. Er zeigte sich dankbar für die bereits geleistete Hilfe, bat aber darum, jetzt nicht nachzulassen.

Zuvor hatte die stellvertretende Bundestagspräsidentin Katrin Göring-Eckart gesprochen und die Unterstützung Deutschlands zugesichert. Sie zeigte sich begeistert von der Stärke der ukrainischen Bevölkerung. „Wir sehen euch, wir sind in Gedanken bei euch und bei denen, die um euch trauern“, sagte sie.

Esther Dilcher: „Der Krieg in der Ukraine schockiert uns alle. Russland muss seine Invasion sofort beenden. Russland muss einem Friedensabkommen zustimmen. Der Dialog mit dem russischen Präsidenten muss unbedingt aufrechterhalten und eine friedliche Lösung gefunden werden. Die Flüchtlinge, die in



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel / photothek

Deutschland ankommen, werden wir aufnehmen und die Ukraine weiterhin unterstützen. Diese Solidarität gilt es so lange zu bewahren, bis die Geflüchteten wieder eine Perspektive in der Ukraine haben.“

Die Parlamentsvizepräsidentin ging nach der bewegenden Rede von Selenskyj unmittelbar zur Tagesordnung über. Die Vizepräsidentin war damit der vereinbarten Tagesordnung gefolgt. Eine Sitzungsunterbrechung wäre aber angemessen gewesen.

Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes

Am 19. März läuft das derzeitige Infektionsschutzgesetz (IfSG) aus, d.h. die Rechtsgrundlage für Maßnahmen von Bund und Ländern gegen die Verbreitung von COVID-19 endet. Auch nach dem 19. März sollen die Länder aber weiterhin befugt sein, Maßnahmen zum Schutz vulnerabler Personen zu erlassen.

Unser Gesetzentwurf zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes wurde am Freitag beraten und beschlossen. Die Länder können demnach beispielsweise in ÖPNV und Kliniken zum Tragen einer Maske verpflichtet. Des Weiteren kann zum Schutz besonders vulnerabler Gruppen eine Testpflicht in medizinischen und pflegerischen Einrichtungen, sowie in Schulen und Kindertagesstätten angeordnet werden.

Hinzu kommen Sonderregelungen für Hochinzidenzgebiete in Form einer Hotspot-Regelung. Bei einer lokal begrenzten bedrohlichen Infektionslage aufgrund einer gefährlichen Virusvariante oder einer drohenden Überlastung des Gesundheitswesens sind weitergehende Schutzmaßnahmen möglich. Innerhalb des betroffenen Gebiets können dann Zutrittsbeschränkungen, Abstandsgebote oder verpflichtende Hygienekonzepte gelten. Voraussetzung ist, dass die Landesparlamente für eine bestimmte Gebietskörperschaft die konkrete Gefahr einer sich dynamisch ausbreitenden Infektionslage feststellen.

Zusätzlich soll für den Bereich der stationären Pflegeeinrichtungen das Impfquoten-Monitoring verstetigt werden. Aufgrund der besonderen Bedeutung der Impf-, Genesenen- und Testnachweise sollen diese Begriffe im IfSG definiert werden. Zur Rechtsbereinigung wird außerdem die Corona-Einreise-Verordnung angepasst.

Bis zum 2. April wird den Bundesländern eine Übergangsfrist gewährt, in der die aktuellen Maßnahmen aufrechterhalten werden können.

Gesetz zur Verlängerung des Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes und weiterer Regelungen

Zum Schutz der sozialen Infrastruktur verlängern wir die Geltungsdauer des Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes (SodEG). So können soziale Dienstleistungen auch nach dem Ende der erforderlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie erbracht werden. Zudem ermöglichen wir weiterhin Verordnungen im Bereich des betrieblichen Gesundheitsschutzes.

Dazu gehören beispielsweise betriebliche Schutzkonzepte und die Übernahme der Kosten für Corona-Tests durch den Arbeitgeber. Zudem unterstützen wir Eltern. Sie haben weiterhin Anspruch auf Kinderkrankengeld – auch ohne Erkrankung des Kindes.

Auch der Entschädigungsanspruch gemäß § 56 Absatz 1a IfSG bei pandemiebedingten erhöhten Betreuungsbedarfen bleibt bestehen. Wir brauchen starke Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen. Deshalb bleiben coronabedingte Anpassungen von Vergütungsvereinbarungen zwischen den Trägern der zugelassenen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen und den Krankenkassen möglich. Auf diese Weise können die Einrichtungen besser auf coronabedingte Mindereinnahmen und Mehrausgaben reagieren.

Sollte sich Pandemie-Lage wieder verschärfen, müssen wir unsere Krankenhäuser entlasten. Der Entwurf sieht deshalb vor, dass Patientinnen und Patienten auch in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen behandelt werden können.

Beratungen über die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht

Die Zahl der Corona-Neuinfektionen ist auf einem neuen Hochstand, Lockerungen der Corona-maßnahmen stehen aber unmittelbar bevor. Inmitten dieser Gemengelage hat der Bundestag nun erstmals über die Gesetzentwürfe und Anträge zur Impfpflicht gestritten – ohne dabei auf einen Nenner zu kommen.



Eine höhere Impfbereitschaft ist der Weg aus der Pandemie. Wir müssen jetzt die Weichen stellen, um gut vorbereitet in den kommenden Herbst zu gehen. Beraten wurden verschiedene Gesetzesentwürfe und Anträge aus der Mitte des Bundestages. Diese reichen von einer Beratung und Impfung aller Volljährigen, einer Beratung aller Volljährigen und Impfung ab 50, bis hin zu einem Antrag, der sich gegen eine Allgemeine Impfpflicht ausspricht. Die Ampelfraktionen haben sich darauf verständigt, die Entscheidung über eine Impfpflicht den Abgeordneten des Bundestages zu überlassen.

Bundeskanzler Olaf Scholz und Gesundheitsminister Karl Lauterbach hatten sich seit Dezember vergangenen Jahres für eine allgemeine Impfpflicht ausgesprochen, um neue Lockdowns im Herbst und Winter zu vermeiden. Ein Gesetz legten sie allerdings nicht vor, aus dem Bundestag heraus sollten fraktionsübergreifend Vorschläge erarbeitet werden. Insgesamt gibt es nun fünf Anträge, eine Mehrheit für einen ist aber nicht sicher.

Wahlrechtskommission zur Verkleinerung des Bundestages

Diese Woche wurde eine Wahlrechtskommission zur Verkleinerung des Bundestages und zur Modernisierung des Parlaments eingesetzt. Ein 26-köpfiges Gremium soll vor allem die "effektive Verkleinerung" des Bundestages erreichen. Zu den Zielen gehört auch eine Erhöhung des Frauenanteils.

Der Bundestag ist mit 736 Mitgliedern so groß wie nie. Deshalb muss das Wahlrecht reformiert werden. Der Bundestag beschloss auf Antrag der Regierungsfractionen die Einsetzung einer neuen Kommission, die Vorschläge zu mehreren Schwerpunkten ausarbeiten soll. Außerdem soll sich die Kommission mit der paritätischen Besetzung des Bundestages und mit verbesserter Transparenz und Digitalisierung der Parlamentsarbeit beschäftigen. Die Kommission tagt öffentlich und wird zu gleichen Teilen mit Abgeordneten und Sachverständigen besetzt.

In der vorangegangenen Legislaturperiode war eine Wahlrechtsreform an Differenzen in der großen Koalition gescheitert. Vor allem die Union hatte sich lange gegen eine grundlegende Wahlrechtsreform gesperrt.

Esther Dilcher begrüßte die Einsetzung: „Zwar hatten wir auch in der letzten Wahlperiode eine ähnliche Kommission. Diesmal muss jedoch bereits im August ein Bericht vorliegen, sodass ich optimistisch bin, dass wir den Bundestag modernisieren und verkleinern können.“

Berichterstatter-Gespräch im Bundesrat

Der Bundesrat ist eines der fünf ständigen Verfassungsorgane. Durch ihn wirken die sechzehn Bundesländer bei Gesetzgebung und der Verwaltung des Bundes sowie in Angelegenheiten der Europäischen Union mit.





Esther Dilcher besuchte den Bundesrat am Mittwoch in ihrer Funktion als Haushälterin. Zurzeit liegt der Fokus der Arbeit auf den Haushaltsberatungen für 2022. **Esther Dilcher** ist Berichterstatterin für die Einzelpläne 03, 07, 10, 19.

Dabei treffen sich die zuständigen Haushälter aus allen Fraktionen zum Gespräch mit dem jeweiligen Verfassungsorgan bzw. Bundesministerium, sowie mit dem Bundesrechnungshof und dem Bundesfinanzministerium. Den Besuch im Bundesrat nutzte Esther Dilcher, um mit der Direktorin des

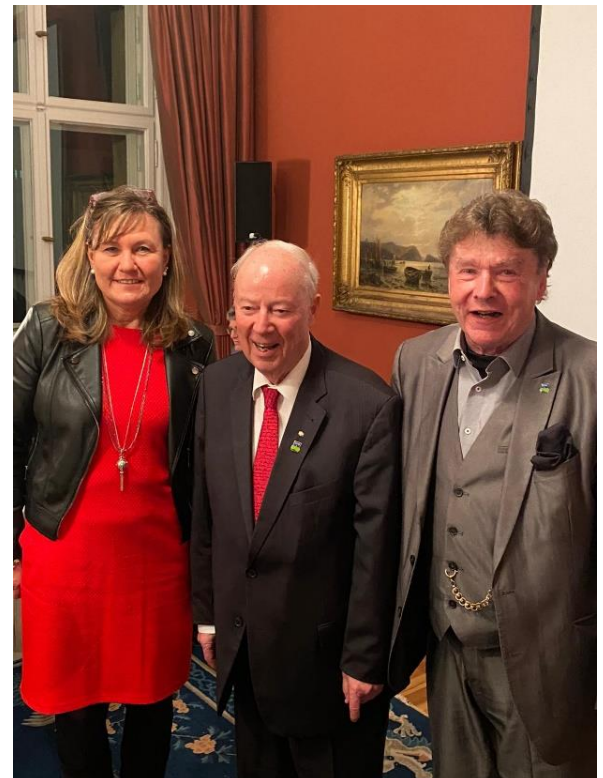
Bundesrates Staatssekretärin Ute Rettler das Gebäude des Bundesrates zu besichtigen. Hierzu sagte sie: „Es ist faszinierend, wie hier ein historisches Gebäude sehr modern, hell und funktional ausgebaut wurde.“

Bilder der Woche

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald ehrt

Am Dienstagabend war Esther Dilcher zu Gast bei der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW). Dort wurde der ehemalige Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Ehrenpräsident der SDW **Dr. Wolfgang von Geldern** (Bildmitte, rechts Bernhard Klug) mit der goldenen Tanne für sein jahrzehntelanges Engagement ausgezeichnet.

Dem Bundesverband gehören 15 Landesverbände und 350 Ortgruppen an. Besonders aktiv ist die Jugendorganisation, die deutsche Waldjugend. Wer einmal an einer Waldwoche teilgenommen hat, bleibt meist den Zielen und der Arbeit des SDW eng verbunden.



„Gerade durch den katastrophalen Zustand unseres Waldes ist seine Bedeutung in das Bewusstsein der größeren Öffentlichkeit getreten. Ich freue mich, dass auch in Nordhessen das Angebot von Schulen angenommen wird, gemeinsam mit der SDW Bäume zu pflanzen und damit aktiv Klima- und Umweltschutz zu gestalten“, betonte **Esther Dilcher**.



Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Edgar Franke spricht beim Krankenhausgipfel 2022

Auf dem Krankenhausgipfel hat sich Edgar Franke im Namen von Gesundheitsminister Lauterbach für den herausragenden Einsatz der Beschäftigten in der Pandemie bedankt.

„Die Bundesregierung wird alles tun, um die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten weiter zu verbessern und die Kliniken finanziell in der Pandemie auch weiterhin besonders zu unterstützen. Wir werden zudem jetzt Struktur-reformen, z. B. mit erlösunabhängigen Vorhaltepauschalen bezogen auf die jeweiligen Versorgungsstufen, umsetzen. Zudem erreichen wir nur mit den Ländern gemeinsam eine wirklich ausreichende duale Finanzierung“, so Franke ausdrücklich (Bild rechts).

Drei Generationen Gesundheitsausschuss- vorsitzende:

Edgar Franke mit Carola Reimann, jetzt Chefin des AOK-Bundesverbandes und Erwin Rüdell.



DRG-Forum

Edgar Franke auf dem Podium: „Das Fallpauschalen-System ist besser als sein Ruf. Es sollte weiterentwickelt, aber nicht abgeschafft werden. Insbesondere müssen wir die Krankenhausfinanzierung ganzheitlicher denken.“



So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:
Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:
Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Deshalb brauchen wir zusätzlich Vorhaltepauschalen und eine solide Investitionskostenfinanzierung. So stärken wir die Krankenhäuser gerade auch im ländlichen Raum.“



Am Mittwoch fand wieder eine **Regierungsbefragung** statt. **Edgar Franke** war für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit auf der Regierungsbank.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 Thomas Truchtel photothek, Seite 4 <https://pixabay.com/illustrations/vaccination-coronavirus-protection-6949299/Fotos>, Seite 5 und 6 Esther Dilcher, Seite 7 und 8 Edgar Franke sowie Screenshot <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7534132#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTM0MTMy&mod=mediathek>

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.